2. Um Polen einen gesicherten Zugang zur Ostsee zu schaffen, kommt das Gebiet zwischen der Memel und der unteren Weichsel an Polen.

3. Das oberschlesische Industriegebiet (mit Einschluß von Oderberg-Ostrau und Karwin) kommt kraft internationaler Regelung unter ein polnisch-deutschtschechisches Kondominium.

4. Polen erhält freie Schiffahrt auf der Oder und eine Freihafenzone in Stettin.

5. Die Häfen im Mündungsgebiet der Weichsel werden von Polen und Deutschland zu gleichen Rechten benutzt.

6. Als Garantie- und Treuhändermacht für internationale Einrichtungen wird

der Ostseeanlieger Schweden bestellt.

Deutschland und Polen mußten in den vergangenen 15 Jahren so viel bitteres Lehrgeld zahlen, daß beide nun hoffentlich einsehen, daß die deutsch-polnische Frage nicht durch einseitige nationalistische Grundsätze gelöst werden kann, die nur dem russischen Imperialismus in die Hände arbeiten.

Ungarns Bauern und der Kommunismus. 1944 wurde Ungarn von den kriegführenden Parteien den bolschewistischen Heeren ausgeliefert. Anders wäre der Kommunismus in Ungarn wohl nie an die Macht gekommen. Die neuen Machthaber gingen systematisch daran, das Bauerntum auszurotten. 75% der Ernte mußte abgeliefert werden, so daß den Bauern nicht nur kein Saatgetreide, sondern oft nicht einmal genügend Brotgetreide für ihre Familien blieb. Die Ablieferungspflicht beschränkte sich jedoch nicht auf das Getreide, sondern umfaßte sämtliche landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Während der Staat beim Getreide einen Gewinn bis zu 500% einsteckte, gab er den Bauern derart wenig Geld, daß sie weder die teuren Industrieerzeugnisse kaufen noch die von Jahr zu Jahr ansteigenden Steuern bezahlen konnten. Unterstützt wurden nur die Kollektivgüter. So kam es, daß immer mehr Bauern ihren Hof verloren. Bis September 1953 waren 40% des Landes in Kollektivgüter umgewandelt worden. Das Ergebnis war eine ernste Ernährungskrise in diesem reinen Bauernland. Ende 1952 waren 787 000 ha fruchtbaren Landes nicht bebaut. Die Landflucht und der passive Widerstand der Bauern griffen immer weiter um sich. Das führte endlich zu einem Regierungswechsel. Auf Rakosi folgte Nagy, der am 4. Juli 1953 im Parlament erklärte, daß die Fehler der Vergangenheit wiedergutgemacht werden sollten. Die Bauern sollten nicht weiter in Angst und Sorge leben. Jene, deren Land enteignet worden sei, könnten es zurückfordern. Von Oktober 1953 ab sollten alle Kollektivgüter, deren Belegschaft es wünschte, aufgelöst werden. Die Bauern blieben mißtrauisch. Sie wollten, daß man sofort mit der Auflösung der Kollektivgüter anfange. Bauern, die dies forderten, wurden jedoch zu Gefängnisstrafen verurteilt. Einer erhielt fünf Jahre und verlor sein ganzes Eigentum. Darauf verschärfte sich der passive Widerstand der Bauern, und die Regierung sah sich zu einigen Zugeständnissen gezwungen, wodurch die Lage der Einzelbauern etwas erleichtert wurde: die tierärztliche Versorgung sollte in Zukunft frei sein, einige hundert Bauern wurden aus Straflagern entlassen, die Zwangsabgaben wurden um 10% herabgesetzt, in manchen Fällen wurde überhaupt keine Einkommensteuer erhoben. Noch größere Vergünstigungen erhielten jedoch die Arbeiter auf den Kollektivgütern, um sie zum Bleiben zu bewegen. Es half nicht viel. Im Oktober 1953 verließen 12-15% der Belegschaft die Kollektivgüter. Wie dieser stille, zähe Kampf zwischen dem freien Bauerntum und den Kommunisten ausgehen wird, ist noch nicht abzusehen. (Christian Democratic Review, Mai/Juni 1954, No. 3, vol IV, No. 64)

Indochina. Über den militärischen Entscheidungen in Indochina darf ein anderer wichtiger Vorgang nicht übersehen werden, die wirtschaftliche Umstellung des